

Resolution 17: Feministische Kommission des SGB**Für eine als Service public organisierte familienergänzende Kinderbetreuung!!**

Im internationalen Vergleich hinkt die Schweiz bei den Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besorgniserregend hinterher. Laut UNICEF gehört die Schweiz zu den drei Ländern, in denen Familien mit einem mittleren Einkommen am meisten für familienergänzende Kinderbetreuung bezahlen müssen. Neben den hohen Kosten ist das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in vielen Regionen ungenügend. Und die Arbeitsbedingungen leiden unter der Unterfinanzierung der Betreuungseinrichtungen, die sich mit den in mehreren Kantonen geplanten Sparmassnahmen noch verschärfen könnte. Auch das Personal der familienergänzenden Betreuung leidet unter einer Abwertung, da Berufe im Bereich der Kinderbetreuung aus Tradition und auch heute noch überwiegend von Frauen ausgeübt werden. Niedrige Löhne, Personalmangel und Überforderung führen dazu, dass viele den Beruf aufgeben, was eine hohe Fluktuation im Personalbestand, eine abnehmende Qualität der Kinderbetreuung und ein erhöhtes Missbrauchsrisiko zur Folge hat.

Finanzieller Rückzug des Bundes

2003 wurde das aktuelle Impulsprogramm des Bundes zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung eingeführt. Es hat die Schaffung von 72'000 Betreuungsplätzen ermöglicht. Seit 2021 arbeitet das Parlament daran, es durch eine nachhaltige Unterstützung zu ersetzen. Schliesslich hat sich der Vorschlag durchgesetzt, eine direkt an die Eltern auszahlende Betreuungszulage auf der Grundlage des Familienzulagengesetzes (FamZG) einzuführen. Die Finanzierung dieser Zulage, die monatlich 100 Franken pro Kind bis 8 Jahre für einen Betreuungstag pro Woche beträgt, ist jedoch den Kantonen überlassen. Sie würde sich am Modell der Familienzulagen orientieren und im Wesentlichen auf Lohnbeiträgen beruhen. Insgesamt belaufen sich die Kosten zulasten der Kantone auf schätzungsweise 700 Millionen Franken pro Jahr. Der Bund verpflichtet sich lediglich zur Finanzierung von Programmvereinbarungen mit den Kantonen zur Schaffung institutioneller Betreuungsplätze sowie von speziellen Plätzen für Kinder mit Behinderungen. Dafür soll über vier Jahre ein Verpflichtungskredit von 100 Millionen Franken gewährt werden. Die Programmvereinbarungen sind wie die Betreuungszulage in keiner Weise an Arbeitsbedingungen oder die Betreuungsqualität geknüpft (z.B. pädagogische Betreuungsverhältnisse, Verpflichtung zum Abschluss eines GAV). Zudem entspricht der für den Bund vorgesehene Kredit nur der Hälfte der seit 2003 jährlich gewährten Mittel. Im Klartext hat die Betreuungszulage für den Bund Einsparungen und eine Lastenverlagerung zu den Kantonen und auf die Lohnsumme zur Folge.

Ein Umdenken ist notwendig

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist unerlässlich, um eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frau und Mann zu erreichen und die Einkommens- und Rentenunterschiede zu verringern, die Frauen benachteiligen. Der feministische Kongress des SGB bedauert die Schwäche der im Parlament erarbeiteten Massnahmen. Von einer als Service public organisierten familienergänzenden Kinderbetreuung nach dem Vorbild der Schule sind wir noch weit entfernt! Und weit entfernt auch von den Forderungen der vom SGB unterstützten Kita-Initiative, die ein ausreichendes Angebot an familienergänzender Betreuung für alle Kinder ab drei Monaten bis zum Ende der Primarschule fordert. Sie würde zu zwei Dritteln vom Bund finanziert und eine gebührende Entlohnung sowie angemessene Arbeits- und Betreuungsbedingungen gewährleisten.

Der feministische Kongress des SGB fordert Parlament und Kantone eindringlich auf zur:

- Gewährleistung einer altersgerechten familienergänzenden Betreuung, welche die gesamte obligatorische Schulzeit abdeckt und je nach Schulmodell für die Eltern kostenlos ist;
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung, unter anderem durch den Abschluss von GAV, höhere Löhne und mehr Fachpersonal.